

## Satzung 2010

---

### Lebenshilfe IIm-Kreis e.V.

nachfolgend „Verein“ genannt

#### § 1 Name und Sitz

1. Der Verein trägt den Namen „Lebenshilfe IIm-Kreis e.V.“
2. Der Sitz des Vereins ist Ilmenau. Er ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Arnstadt, Außenstelle Ilmenau unter der Nummer 95 eingetragen.
3. Der Verein ist Mitglied folgender Vereinigungen:  
Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.  
Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Landesverband Thüringen e.V.  
Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Thüringen e.V.
4. Der Verein ist ein Zusammenschluss von Eltern, Angehörigen und Sorgeberechtigten behinderter Menschen, Menschen mit Behinderungen bzw. Behinderungserfahrungen sowie von Förderern und Freunden.

#### § 2 Ziele, Zweck und Aufgaben

1. Der Verein tritt für die Rechte und das Wohlergehen aller Menschen mit geistiger, mehrfacher und seelischer Behinderung unabhängig ihres Alters ein. Er begleitet Menschen mit Behinderungen und ihre Familien in ihrem Bestreben selbstbestimmt und gleichberechtigt im Sinne der Inklusion am Leben in der Gesellschaft teilzuhaben. Dabei versteht er sich als Selbsthilfeorganisation.
2. Der Verein vertritt zur Erreichung der unter 1. genannten Ziele die Interessen von Menschen mit Behinderung, ihrer Eltern, Angehörigen und Sorgeberechtigten in der Öffentlichkeit. Dazu entwickelt er konkrete Ziele, fördert Konzepte und Projekte sowie deren Umsetzung und erbringt Dienstleistungen.
3. Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch:
  - die Förderung von Begegnungen, dem Austausch und der Solidarität von Eltern und Angehörigen von Menschen mit Behinderungen, Beratung und Unterstützung
  - Maßnahmen der Sozialraumorientierung und Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel der Inklusion behinderter Menschen,
  - Gewinnung ehrenamtlicher/freiwilliger Mitarbeiter/innen
  - als Träger von Angeboten für Menschen mit Behinderungen die Errichtung, Förderung und den Betrieb von Einrichtungen und Diensten, die der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft dienen, einschließlich Maßnahmen der Jugendhilfe.

Dazu gehören z.B.:

frühe Hilfen für Kinder  
integrative Kindertagesstätte.

*Wegen der besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die maskuline Form verwendet.*

## Satzung 2010

---

differenzierte Wohnangebote im Wohnverbund  
tagesstrukturierende Angebote für erwachsene Menschen  
familienunterstützende und –fördernde Hilfen  
Freizeit, Bildung, kulturelle und sportliche Betätigung

4. Als Mitglied des Lebenshilfewerkes Ilmenau/Rudolstadt e.V. engagiert er sich für die Errichtung, Unterhaltung und den Betrieb von Einrichtungen, die die berufliche Rehabilitation für Menschen mit Behinderungen sowie Betreuungsangebote für Menschen mit besonderem Hilfebedarf zur sozialen Integration in die Gesellschaft zum Ziel haben.
5. Der Verein ist parteipolitisch und konfessionell unabhängig. Er legt Wert auf eine gute Zusammenarbeit mit allen öffentlichen, privaten, konfessionellen und wissenschaftlichen Organisationen sowie projektbezogene Kooperation und Vernetzung mit anderen freien Trägern und Organisationen gleicher Zielsetzung.
6. Der Verein kann sich zur Erreichung seines Zweckes an anderen juristischen Personen beteiligen, juristische Personen gründen oder Vereinen beitreten sowie auch andere juristische Personen aufnehmen.

### § 3 Gemeinnützigkeit

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Wohlfahrtszwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung in der jeweils gültigen Fassung.
2. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglied keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.  
Den Vereinsratsmitgliedern steht ein Anspruch auf Ersatz der mit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit in unmittelbarem Zusammenhang stehenden und notwendigen Aufwendungen zu.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
5. Die Mitglieder erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins keine Anteile des Vereinsvermögens.

### § 4 Lebenshilfe-Kodex

Der Verein erkennt selbstverpflichtend den Kodex der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Landesverband Thüringen e.V. an. Dieser regelt das Zusammenwirken der im Verein tätigen Organe und leistet dadurch insbesondere einen Beitrag zur verbesserten Transparenz der Organisationen und zur Optimierung der Kommunikations- und Verwaltungsstruktur und gilt als Qualitätskriterium.

*Wegen der besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die maskuline Form verwendet.*

## Satzung 2010

---

### § 5 Mitgliedschaft

1. Mitglied des Vereins kann jede natürliche und juristische Person werden, die die Ziele des Vereins unterstützt.  
Bei Eltern von Menschen mit Behinderungen gilt, falls nicht anders beantragt wird, die Mitgliedschaft für beide Eltern gemeinsam. Sie haben jedoch jeweils zusammen nur eine Stimme, es sei denn, dass für jeden einzelnen Elternteil der Jahresbeitrag gezahlt wird.
2. Bei Sachverhalten, bei denen hauptamtliche Mitarbeiter und Vertreter juristischer Personen betroffen sind, ruht ihr Stimmrecht.
3. Über den schriftlichen Aufnahmeantrag entscheidet der Vereinsrat binnen einer Frist von 3 Monaten. Lehnt der Vereinsrat den Antrag ab, kann der Antragsteller Beschwerde erheben. Die Beschwerde ist innerhalb eines Monats ab Zugang schriftlich beim Vereinsrat einzulegen. Über die Beschwerde entscheidet die nächste ordentliche Mitgliederversammlung.
4. Jedes Mitglied ist mittelbar Mitglied der Bundesvereinigung und des Landesverbandes.
5. Personen, die den Zweck des Vereins in besonderem Maße gefördert haben, können durch Beschluss der Mitgliederversammlung zu Ehrenmitgliedern ernannt werden.

### § 6 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Vereinsmitgliedschaft endet durch Tod, Kündigung, Streichung von der Mitgliederliste oder durch Ausschluss aus dem Verein. Bei juristischen Personen endet die Mitgliedschaft durch Verlust der Rechtspersönlichkeit.
2. Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vereinsrat. Er ist nur zum Ende eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 3 Monaten zulässig.
3. Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vereinsrates von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz Beitragsfälligkeit und erfolgter Mahnung mit der Zahlung des Mitgliedsbeitrages für ein Jahr in Rückstand ist. Die Streichung darf erst beschlossen werden, nachdem seit der Absendung der Mahnung 4 Wochen verstrichen und der Beitrag nicht entrichtet ist. In der Mahnung muss auf die bevorstehende Streichung von der Mitgliederliste hingewiesen werden. Die Mahnung gilt als zugegangen, wenn sie an die letzte, vom Mitglied an den Verein bekannt gegebene Adresse verschickt wurde. Die Streichung ist dem Mitglied schriftlich mitzuteilen.
4. Bei schwerem Verstoß gegen die Ziele und Interessen des Vereins kann das Mitglied auf Beschluss des Vereinsrates mit sofortiger Wirkung ausgeschlossen werden. Vor der Beschlussfassung ist dem Mitglied unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zu geben, sich persönlich vor dem Vereinsrat oder schriftlich zu rechtfertigen. Der Beschluss über den Ausschluss ist mit Gründen zu versehen und dem Mitglied durch eingeschriebenen Brief - Rückschein – bekannt zu machen. Der Beschluss gilt als zugegangen, wenn er an die letzte, vom Mitglied dem Verein bekannt gegebene Adresse verschickt wurde, selbst wenn er als unzustellbar zurück kommt.

*Wegen der besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die maskuline Form verwendet.*

## Satzung 2010

---

Gegen den Beschluss steht dem Mitglied das Recht der Berufung an die Mitgliederversammlung zu. Die Berufung muss innerhalb einer Frist von einem Monat ab Zugang des Ausschließungsbeschlusses beim Vereinsrat schriftlich eingelegt werden. Ist die Berufung rechtzeitig eingelegt, so hat sie der Vereinsrat der nächsten Mitgliederversammlung zur Entscheidung vorzulegen. Der Widerspruch gegen die Ausschließung hat aufschiebende Wirkung. Vor Entscheidung der Mitgliederversammlung steht dem Mitglied kein Recht auf Herbeiführung einer gerichtlichen Entscheidung über die Wirksamkeit des Ausschließungsbeschlusses zu.

5. In allen Fällen der Beendigung der Mitgliedschaft besteht die Pflicht zur Beitragszahlung bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres.

### § 7 Beiträge, Finanzen

1. Die Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben erhält der Verein durch:
  - Mitgliedsbeiträge
  - Geld- und Sachspenden
  - öffentliche Zuschüsse
  - Einnahmen aus Leistungen
  - Sonstige Zuwendungen und Erträge
2. Zur Deckung von Finanzierungslücken kann Fremdkapital aufgenommen werden.
3. Die Mittel des Vereins sind sparsam und wirtschaftlich zu verwenden. Ihre Bewirtschaftung geschieht nach Maßgabe des Haushaltsplanes.
4. Von den Mitgliedern des Vereins wird ein Mitgliedsbeitrag erhoben. Die Höhe und die Fälligkeit werden von der Mitgliederversammlung in einer Beitragsordnung festgelegt. Zur Festlegung der Beitragsordnung ist eine einfache Mehrheit der in der Mitgliederversammlung anwesenden stimmberechtigten Vereinsmitglieder erforderlich. Ehrenmitglieder entrichten keinen Mitgliedsbeitrag.

### § 8 Organe des Vereins

Die Organe des Vereins sind:

- die Mitgliederversammlung
- der Vereinsrat
- der Vorstand im Sinne des § 26 BGB

### § 9 Mitgliederversammlung und Aufgaben

1. Der Mitgliederversammlung obliegt insbesondere:
  - die Wahl des Vereinsrates
  - der Beschluss über die Abberufung oder Nachwahl von Vereinsratsmitgliedern
  - die Entgegennahme des Jahresberichtes und der Jahresrechnung des Vereinsrates und des Vorstandes
  - der Beschluss über die Entlastung des Vereinsrates und des Vorstandes
  - der Beschluss über die Beitragsordnung
  - der Beschluss über Satzungsänderungen
  - die Beschlussfassung über Beschwerden beim Aufnahme- und Ausschlussverfahren nach §§ 4 und 5 dieser Satzung

*Wegen der besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die maskuline Form verwendet.*

## Satzung 2010

---

- die Ernennung von Ehrenmitgliedern
- die Beschlussfassung über Beteiligungen an Organisationen, die dem Vereinszweck dienen sowie deren Auflösung bzw. Aufhebung
- die Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins

### § 10 Durchführung der Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung wird bei Bedarf, jedoch mindestens einmal im Jahr mit einer Einladungsfrist von 2 Wochen unter Angabe der Tagesordnung schriftlich durch den Vorsitzenden des Vereinsrates, bei dessen Verhinderung durch den Stellvertreter, einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Die Einladung gilt als zugegangen, wenn sie an die letzte, vom Mitglied dem Verein bekannt

gegebene Adresse verschickt wurde, selbst wenn sie als unzustellbar zurück kommt. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn es das Vereinsinteresse erfordert oder wenn mindestens 1/3 der Mitglieder die Einberufung schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt.

2. Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung können von jedem Mitglied bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Mitgliederversammlung beim Vereinsrat schriftlich eingereicht werden. Der Versammlungsleiter hat zu Beginn der Mitgliederversammlung die Tagesordnung entsprechend zu ergänzen. Über Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die erst in der Mitgliederversammlung gestellt werden, beschließen die stimmberechtigten Mitglieder. Zur Annahme des Antrages ist eine Stimmenmehrheit von 2/3 der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder erforderlich.
3. Die Leitung der Mitgliederversammlung obliegt dem Vorsitzenden des Vereinsrates. Dieser kann der Mitgliederversammlung einen anderen Versammlungsleiter vorschlagen.
4. Jede satzungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder.
5. Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder, soweit durch die Satzung oder gesetzlich nicht zwingend etwas anderes bestimmt ist. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden zur Feststellung der Mehrheit nicht mitgezählt. Eine Vertretung bei der Stimmabgabe ist nicht zulässig. Bei einer gemeinsamen Mitgliedschaft von Eltern gemäß § 5 Abs.1 können diese sich gegenseitig vertreten. Der Vertreter einer juristischen Person muss für die Ausübung der Mitgliedsrechte die Vertretungsberechtigung für diese juristische Person besitzen. Die Abstimmung erfolgt durch Handzeichen. Auf Antrag eines anwesenden stimmberechtigten Mitgliedes ist geheim abzustimmen.
6. Für Satzungsänderungen bedarf es einer 2/3 Mehrheit der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder. Satzungsänderungen dürfen nur beschlossen werden, wenn hierauf bei der Einladung zur Mitgliederversammlung bereits hingewiesen wurde; hierbei muss der neue Wortlaut der beabsichtigten Satzungsänderung mitgeteilt werden.

*Wegen der besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die maskuline Form verwendet.*

## Satzung 2010

---

7. Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind in einem Protokoll niederzulegen, das vom Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist.

### § 11 Vereinsrat

1. Der ehrenamtliche Vereinsrat besteht aus mindestens 5, jedoch maximal 9 von der Mitgliederversammlung zu wählenden Vereinsratsmitgliedern. Die Mitglieder des Vereinsrates werden in geheimer Sammelabstimmung gewählt. Der Bewerber gilt als gewählt, wenn er mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder (einfache Mehrheit) erhält. Sofern mehr als 9 Kandidaten die einfache Mehrheit erhalten, gelten diejenigen als gewählt, die die relative Mehrheit der Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder erhalten.

Der Vereinsrat bestimmt aus seiner Mitte den Vorsitzenden, zwei Stellvertreter und bis zu 6 weitere Aufgabenträger.

2. Die Mitglieder des Vereinsrates sollen in der Regel Mitglieder des Vereins sein. Eltern und Sorgeberechtigte von Menschen mit Behinderung sollten mehrheitlich im Vereinsrat vertreten sein. Mitarbeiter des Vereins, seiner Einrichtungen und Dienste oder der juristischen Personen, an denen er beteiligt ist, sind nicht wählbar und können nicht berufen werden.
3. Der Vereinsrat wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von 4 Jahren gewählt. Die Wiederwahl der Vereinsratsmitglieder ist zulässig. Die jeweils amtierenden Vereinsratsmitglieder bleiben nach Ablauf ihrer Amtszeit so lange im Amt, bis ihre Nachfolger ordnungsgemäß gewählt sind. Bei Ausscheiden eines Vereinsratsmitgliedes vor Ablauf seiner Amtszeit kann der Vereinsrat für die Zeit bis zur nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung kommissarisch ein neues Vereinsratsmitglied berufen.
4. Übernimmt ein Vereinsratsmitglied eine entgeltliche Tätigkeit im Verein oder seinen Einrichtungen, so scheidet es mit dem Tag seiner Aufnahme dieser Tätigkeit automatisch aus dem Vereinsrat aus.
5. Die Sitzungen des Vereinsrates werden nach Bedarf, in der Regel vierteljährlich durchgeführt. Die Einladung zu einer Sitzung erfolgt durch den Vorsitzenden oder in seinem Auftrag durch den Vorstand.
6. Der Vereinsrat ist beschlussfähig, wenn der Vorsitzende oder mindestens ein Stellvertreter sowie insgesamt mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Liegt keine Beschlussfähigkeit vor, so ist unverzüglich mit gleicher Tagesordnung zu einer neuen Sitzung zu laden, die innerhalb der nächsten 4 Wochen stattzufinden hat. Diese ist dann ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig. Bei Eilbedürftigkeit können Beschlüsse auch fernschriftlich getroffen werden. Diese Beschlüsse sind in der nächsten Vereinsratssitzung zu bestätigen und zu protokollieren.
7. Beschlüsse des Vereinsrates werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder getroffen. Bei Stimmgleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden bzw. seines amtierenden Stellvertreters ausschlaggebend.

*Wegen der besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die maskuline Form verwendet.*



## Satzung 2010

---

8. Der Vorstand nimmt an den Sitzungen des Vereinsrates beratend und ohne Stimmrecht teil, es sei denn, der Vereinsrat beschließt die Nichtteilnahme. Das kommt insbesondere dann in Betracht, wenn eine Angelegenheit den Vorstand persönlich betrifft.
9. Über jede Sitzung des Vereinsrates ist ein Protokoll von einem vom Vorsitzenden zu bestellenden Protokollführer zu erstellen und von beiden unterzeichnet den weiteren Mitgliedern sowie dem Vorstand bekannt zu machen.

### § 12 Aufgaben und Zuständigkeit des Vereinsrates

1. Der Vereinsrat ist für alle bedeutenden Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sich aus dieser Satzung nicht anderes ergibt. Er führt die Aufsicht und Kontrolle über den Vorstand. Zu diesem Zweck hat der Vereinsrat das Recht, sich durch Einsichtnahme in die Geschäftsunterlagen einen Einblick über die Geschäftsführung zu verschaffen und sich über die Geschäftslage und Vorgänge der laufenden Verwaltung zu informieren. Er kann dem Vorstand Anregungen für Investitionen und alle anderen wirtschaftlichen Handlungen unterbreiten, die nicht Bestandteil der laufenden Betriebsführung der Einrichtungen sind.
2. Der Vereinsrat ist insbesondere zuständig für:
  - Bestellung und Abberufung des Vorstandes
  - Vertretung des Vereins gegenüber dem Vorstand (Dienstverträge, Überwachung der Geschäfte des Vorstandes)
  - Genehmigung einer Geschäftsordnung für den Vorstand
  - Beratung des Vorstandes
  - Mitwirkung bei der strategischen Planung der Unternehmensziele
  - Genehmigung des Wirtschaftsplanes (Haushalts- und Stellenplan), Zustimmung bei wesentlichen Abweichungen vom Wirtschaftsplan
  - er bestellt den Wirtschaftsprüfer
  - operative Kontrolle durch vierteljährlichen Soll- Ist-Vergleich und laufende Berichterstattung des Vorstandes über wesentliche Ereignisse
  - Genehmigung von Erwerb, Belastung und Veräußerung von Grundstücken, der Aufnahme von Darlehen, der Übernahme von Bürgschaften und von finanziellen Beteiligungen, die im Einzelfall über einen Betrag von 10.000 € hinausgehen bzw. diesen Betrag innerhalb von 3 Monaten in der Summe übersteigen
  - Genehmigung von Neubauten und sonstigen Investitionen, es sei denn, sie sind im Haushaltsplan beschlossen
  - Vertretung des Vereins im Vorstand des Lebenshilfswerkes Ilmenau/Rudolstadt e.V.
  - Berichterstattung gegenüber der Mitgliederversammlung über seine Tätigkeit
  - Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern
  - Satzungsänderungen, die von Gerichts- und Finanzbehörden aus formalen Gründen verlangt werden
  - repräsentative Außenvertretung bei besonderen Anlässen
3. Der Vereinsrat kann sich eine Geschäftsordnung geben.

## Satzung 2010

---

4. Zur fachlichen Beratung, zur Vorbereitung und Durchführung bestimmter Aufgaben kann der Vereinsrat Ausschüsse berufen. Die Amtszeit der Ausschüsse endet mit der Beendigung ihrer Aufgabe, spätestens mit dem Ende der Amtszeit des Vereinsrates.
5. Der Vereinsrat haftet ausschließlich im Rahmen des ideellen Aufgabenbereiches und seiner Aufsichts- und Kontrollpflicht.

### § 13 Vorstand

1. Der Verein wird von einem Vorstand als gesetzlicher Vertreter im Sinne des § 26 BGB vertreten. Die Vertretungsmacht des Vorstandes als gesetzlicher Vertreter des Vereins unterliegt den in der Satzung in § 12 Nr.2 geregelten Genehmigungspflichten und Beschränkungen.
2. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und bis zu zwei Stellvertretern. Der Vorsitzende und die Stellvertreter haben jeweils Einzelvertretungsberechtigung.
3. Der Vorstand wird vom Vereinsrat bestellt und abberufen.
4. Die Vorstandsmitglieder werden hauptamtlich tätig und erhalten eine der übernommenen Verantwortung angemessenen Vergütung. Der Abschluss der Bestellungenverträge erfolgt durch den Vereinsrat. Die Bestellungenverträge sind auf 5 Jahre befristet. Wiederbestellung ist zulässig.

### § 14 Aufgaben und Zuständigkeit des Vorstandes

1. Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins nach den Beschlüssen der Mitgliederversammlung und des Vereinrates. Er ist insofern verantwortlich für:
  - die wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Vereinsmittel und den Erhalt des Vereinsvermögens
  - die ordnungsgemäße Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses
  - die Einhaltung und Überwachung des Wirtschaftsplanes
  - die Überwachung der Liquidität und Ertragslage der Einrichtungen
  - die Erfüllung der steuerlichen Pflichten
  - die ordnungsgemäße Abführung der Sozialabgaben der Angestellten des Vereins
2. Der Vorstand ist insbesondere zuständig für:
  - die Führung der laufenden Geschäfte (Koordinierung, Planung und Organisation der gesamten Einrichtungen, Dienste und Angebote)
  - die Mitwirkung bei der strategischen Planung
  - die Aufstellung des Wirtschaftsplanes für alle Einrichtungen, Dienste und Angebote und seiner Genehmigung durch den Vereinsrat
  - die rechtliche Außenvertretung und repräsentative Außenvertretung im Tagesgeschäft
  - die Anstellung der Mitarbeiter sowie Abschluss und Kündigung der Arbeitsverträge; die Vorstandsmitglieder sind Dienstvorgesetzte aller hauptamtlichen Mitarbeiter
  - die Berichterstattung über seine Tätigkeit, den Jahresabschluss und zur wirtschaftlichen Lage vor der Mitgliederversammlung und dem Vereinsrat
3. Der Vorstand hat den Vereinsrat laufend zu informieren über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der künftigen Vereinsführung, den

*Wegen der besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die maskuline Form verwendet.*



## Satzung 2010

---

Gang der Geschäfte, die Einhaltung des Wirtschaftsplanes, die Liquidität und den Vermögensstand des Vereins und seiner Einrichtungen.

4. Die übrigen Rechte und Pflichten des Vorstandes werden in einer Geschäftsordnung für den Vorstand und in Anstellungsverträgen, die vom Vorsitzenden und einem seiner Stellvertreter des Vereinsrates zu unterzeichnen sind, geregelt.

### § 15 Geschäftsjahr

1. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
2. Die Buchführung erfolgt nach den in der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung niedergelegten gesetzlichen Bestimmungen.
3. Die Jahresrechnung eines Geschäftsjahres ist von einem Angehörigen der Wirtschaftsprüferberufe nach § 317 ff HGB zu prüfen. Der Prüfbericht ist dem Vereinsrat zur Kenntnis vorzulegen. Die Mitgliederversammlung ist über den Bericht zu informieren.

### § 16 Auflösung

1. Für den Beschluss der Vereinsauflösung ist eine Mehrheit von 3/4 der zur Mitgliederversammlung erschienenen stimmberechtigten Mitglieder erforderlich. Der Beschluss kann nur nach Ankündigung in der Einladung zur Mitgliederversammlung gefasst werden. Sollte die 3/4 Mehrheit nicht zustande kommen, ist eine erneute Mitgliederversammlung einzuberufen, die mit einfacher Stimmenmehrheit beschließt.
2. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an das Lebenshilfswerk Ilmenau/Rudolstadt e.V., besteht dieses zum Zeitpunkt der Auflösung nicht mehr, an die Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Landesverband Thüringen e.V. und ist ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige bzw. mildtätige Wohlfahrtszwecke zu verwenden.
3. Über das Vermögen des aufgelösten Vereins kann jedoch erst mit Zustimmung des zuständigen Finanzamtes und nach Vorliegen einer entsprechenden Unbedenklichkeitsbescheinigung verfügt werden.

### § 17 Salvatorische Klausel

1. Für das Rechtsverhältnis des Vereins und seiner Einrichtungen im Innen- und Außenverhältnis gelten im Übrigen die gesetzlichen Bestimmungen.
2. Sollten sich einzelne Bestimmungen dieser Satzung ganz oder teilweise als ungültig oder unwirksam erweisen, oder teilweise oder vollständig ungültig werden, so wird dadurch die Gültigkeit dieser Satzung im Ganzen nicht berührt.
3. In einem solchen Fall wird die ungültige Bestimmung durch diejenige gesetzlich zulässige Bestimmung ersetzt, die dem bezweckten wirtschaftlichen und rechtlichen Zweck am nächsten kommt und im Sinne dieser Satzung wirkt. Entsprechendes gilt,

*Wegen der besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die maskuline Form verwendet.*

## Satzung 2010

---

wenn die Satzung als Ganzes unwirksam ist oder sich bei der Durchführung der Satzung ergänzungsbedürftige Lücken ergeben sollten.

### **§ 18 Inkrafttreten**

Die vorstehende Fassung der Satzung tritt durch Beschluss der Mitgliederversammlung am 27.09.2010 in Kraft. Sie bedarf der Bestätigung und Registrierung beim Amtsgericht Arnstadt, Außenstelle Ilmenau.

Die Satzung vom 14.09.2009 ist somit aufgehoben.

Es zeichnet der vertretungsberechtigte Vorstand:

Heike Förster

Ingelore Koch

Michael Doppel